

Unbelegte Vorwürfe

Dieser Leser reagiert auf eine Zuschrift von Peggy Röske:

Sollte es nicht eigentlich auch im Sinne der von Ihnen offenbar favorisierten CDU sein, wenn der Kommunalwahlkampf mit Sachargumenten statt recht schlichter Schlammschleuderei geführt würde? Oder ist die Angst vor dem nahen Abschied von der Macht so groß? Unbelegte Vorwürfe wie „dummlich“ und „böseartig“ an die Adresse der Opposition sind ganz und gar unverständlich. „Skandale, Verfehlungen und mangelnder Sachverstand“ finden sich doch zuhauf in der Politik der schwarz-grünen Koalition in Bruchköbel. Das begann, als nach Gutsherrenart durch den CDU-Bürgermeister sämtliche BBB-Mitglieder aus den Wahlvorständen zur Europawahl gestrichen wurden und erst nach Einschreiten des Landeswahlleiters nachberufen wurden. Es setzte sich fort, als Bürgermeister und Erster Stadtrat gesetzwidrig eine Bürgerschaftserklärung der Stadt ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung unterzeichneten und endet in der Feststellung dieser Tage, dass der schwarz-grün geführte Magistrat mindestens sechs Beschlüsse der Stadtverordneten für den Haushalt 2010 einfach nicht umgesetzt hat und dadurch einen sechsstelligen Schaden verursacht hat. Letzteres merken jetzt auch FDP und SPD und kritisieren es endlich einmal deutlich.

Hätten diese den BBB bei seiner aufmerksamen Oppositionsarbeit unterstützt, wäre es nicht so weit gekommen. Obwohl eigentlich immer wieder der Anlass dazu bestünde, wird nicht „alles mit der juristischen Keule geregelt“. Lediglich ein einziges Mal setzten BBB-Stadtverordnete vor dem Verwaltungsgericht ihr Recht durch. Hier war es der CDU-Bürgermeister, der die Spielregeln verletzt hatte. Das hat das

Gericht eindeutig festgestellt. Und ist es etwa ein Ausdruck von Sachverstand, wenn CDU, SPD und Grüne 150 Meter von der Wohnbebauung eine Biogasfabrik bauen wollten, wenn CDU und Grüne jedes Jahr zehn Millionen Euro Schulden machen, um überwiegend die Kosten der laufenden Verwaltung zu decken, anstatt in dauerhafte Infrastruktur zu investieren, wenn die CDU einen Spielplatz verkaufen will, um damit einmalig ganze drei Prozent des Defizits zu stopfen? „Sachverstand ins Rathaus“ tut also dringend Not.

Zu guter Letzt, werte Frau Röske, wenn Sie gerne Wahlslogans interpretieren, wie wäre es, einmal über den der CDU nachzudenken: „Klare Verhältnisse“ – das ist in der Politik eine rein quantitative, keine qualitative Begrifflichkeit. In der „DDR“ gab es 40 Jahre lang auch so etwas wie klare Verhältnisse; und das war eine Klarheit, die sich kein Demokrat wünschen kann. Denn Demokratie braucht Schranken und Kontrolle für die Macht.

Waldemar Wolf
Bruchköbel